



Antikriegstag in Völklingen:

Zeichen für Frieden und Abrüstung gesetzt

Am Sonntag, dem 1. September 2024, trafen sich wie in den Vorjahren aktive Gewerkschafter*innen, um für den Frieden zu demonstrieren. Die Mitglieder des OV Saar setzten sich dort eindeutig für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit ein. Gefordert wurde der Schulterschluss mit der Friedensbewegung.

Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges fahren wieder deutsche Panzer über russischen Boden. Die USA beabsichtigt Mittelstrecken- und Hyperschallraketen neuer Qualität auf deutschem Boden zu stationieren, so schrieben wir in unserem Flyer zum Antikriegstag. Weiter hieß es in dem viel beachteten Flyer: „24 Millionen sowjetische Kriegstote scheinen vergessen. Auch die Deutschen beklagten 7,7 Millionen Kriegstote. Insgesamt wurde 70 Millionen Menschen getötet.“

Von offizieller Seite will man uns kriegstüchtig machen und gleichzeitig beruhigen, unsere Waffen und die Ausbildung der ukrainischen Armee sei „völkerrechtlich legitim“. Die russische Regierung sieht das anders. Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation ist real.“

Im Herbst will der Bundestag den Haushalt 2025 verabschieden, den man nur noch als Kriegsetat bezeichnen kann. Das ist ein Kriegs- und Krisenhaushalt mit Umverteilung von unten nach oben sowie der Ausdruck einer von der Ampel unter Mithilfe der Mehrheit der Opposition durchgedrückten gesellschaftlichen Neuorientierung auf Krieg und autoritärer Kri-

senbewältigung. Die Folge der verfehlten Regierungspolitik sind die Gefahr der Deindustrialisierung, ganz abgesehen vom Demokratieabbau, der bereits stattfindet.

Die Veranstaltung wurde dem Ernst der Lage nicht gerecht. Zwar beschrieb DGB-Kreisvorsitzender Albert Augustin das unermessliche Leid der aktuellen Kriege und Timo Ahr vom DGB Saar forderte das Friedensgebot des Grundgesetzes durchzusetzen. „Wir brauchen





Diplomaten und keine Granaten.“ Man müsse das Denken in Feindbildern überwinden. Kollege Timo Ahr versuchte alle Ansichten und Handlungen als Friedensbemühung zu verkaufen. Damit grenzte er die Friedensfreunde zwar nicht aus, äußerte sich aber z.B. nicht zu der geplanten Stationierung der US-Raketen, Stärkere Worte fand er zur Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte. Dass dieser Kampf aber schon verloren ist, wenn wir den



Kriegstreibern nicht in die Arme fallen, wurde nicht erwähnt. Schließlich sprach für die angekündigte Ministerpräsidentin Anke Rehlinger die Staatssekretärin Bettina Altersleben. Sie verteidigte das Handeln der Bundesregierung und hatte für den Frieden nur Allgemeinplätze übrig. Peinlich war die Übernahme der Nato-Propaganda.

Selten waren die Transparente und Schilder auf einem Anti-Kriegstag so deutlich wie dieses Jahr. ver.di war mit ihren Friedenstransparenten da, VVN-BdA und Friedensgruppen machten ihre Meinung deutlich ohne den Charakter der Veranstaltung zu stören. Trotzdem gab es insbesondere bei der Rede von Al-



tersleben einige Zwischenrufe, weil manches von den Teilnehmern nicht unwidersprochen bleiben konnte. So löste das Verschweigen der Verbrechen im Gaza Unmut aus und Netanjahu wurde als Kriegsverbrecher bezeichnet. Auch die bedingungslose Unterstützung der Ukraine stieß auf Unverständnis, ein Zwischenrufer fragte die Sozialdemokratin, was denn daran



in der Ukraine demokratisch sei, habe man doch dort elf Parteien verboten, darunter auch sozialdemokratische.



ver.di warb für die Positionen des Ortsverbandes und rief zur Demonstration am 3. Oktober nach Berlin auf.

„Wir wenden uns an alle Menschen, die mittun wollen, aus der Sackgasse von Konfrontation und Krieg herauszukommen. Lasst uns alte Streitigkeiten, Differenzen, unterschiedliche Einschätzungen zurückstellen, um in dieser Situation größter Gefahr für den Weltfrieden gemeinsam zu handeln. Wir wollen die Friedensbewegung stärken und viele unterschiedliche Kräfte zum gemeinsamen Handeln ermutigen.“ So in dem ver.di-Flyer, der auch Gegenstand von Gesprächen bei dem anschließenden Friedensfest war.



Aktion in Saarbrücken

Gegen geplante Bürgergeld-Sanktionen

Am 23. August 2024 fand in Saarbrücken vor der Europagalerie eine Protestveranstaltung gegen die geplanten Verschärfungen der Bürgergeld-Sanktionen stattfinden. Unter dem Motto „SANKTIONSFREI JETZT!“ riefen verschiedene Organisationen so die saarländische Armutskonferenz e.V., die ver.di Region Saar-Trier, die GEW Saarland, die 4-Stunden-Liga Saar, der Kreisverband DIE LINKE Saarbrücken, die Linksjugend Saar, die Grüne Jugend Saar, die Seebrücke Saar und Fridays for Future Saar. auf.

Die geplanten Verschärfungen, die ab 2025 in Kraft treten sollen, stehen im Zentrum der Kritik. Laut Susanne Speicher, Sprecherin der Aktion, verschärfen diese Maßnahmen den Druck auf Arbeitssuchende erheblich und führen zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Besonders kritisiert wird der mögliche komplette Entzug des Leistungsanspruchs, wenn eine zumutbare Arbeit abgelehnt wird. Speicher bezeichnet dies als „menschenverachtend“ und sieht darin einen klaren Widerspruch zu den bisherigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts.

Die beteiligten Organisationen äußern zudem Bedenken über die zunehmende öffentliche Stigmatisierung von Bürgergeldempfängern, die als „Vollverweigerer“ dargestellt würden, obwohl solche Fälle in der Realität kaum vorkämen. Stattdessen fordern sie eine sachliche Diskussion über eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

Zu den konkreten Forderungen der Demonstranten gehört die sofortige Rücknahme der geplanten Sanktionen, die Abschaffung des Hartz-IV-Systems und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung. Zudem fordern sie mehr finanzielle und personelle Ressourcen für die Arbeitsämter, um eine bessere Unterstützung der Betroffenen zu gewährleisten.

Beratung von Friedensgruppen:

Auf zur Demo am 3.10. in Berlin

Am 20. August trafen sich zum zweiten Mal Vertreter*innen verschiedener sich der Friedensbewegung zuzählender Gruppen zu einer Beratung. Mit dabei auch zwei Vertreter der ver.di OV Saar.

Schon beim ersten Treffen hatte man sich auf folgenden Konsens geeinigt: „Wir wenden uns

gegen das erneute Eskalieren in der Frage Krieg oder Frieden durch den Beschluss der Nato Tagung neue Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren. Wir wenden uns gegen den Kurs der weiteren Hochrüstung der Bundeswehr und stimmen überein, dass Kriege nur durch Verhandlungen und Diplomatie zu beenden sind. Wir finden, dass in dieser Situation die Friedensbewegung gestärkt und sichtbar gemacht werden muss.“

Wir rufen zur Teilnahme an der Demonstration am 3. Oktober in Berlin auf. Die Saarländerinnen und Saarländer treffen sich um 12:30 Uhr im Invalidenpark (voraussichtlich) in Berlin und beteiligen sich am Demozug zum Großen Stern.

Man kann mit der Bahn um 4:42 Uhr ab Saarbrücken fahren und ist um 12:02 Uhr am Hauptbahnhof in Berlin. Von dort sind es nur wenige Meter zum Aufstellungsplatz der Bahnreisenden am Invalidenpark.

Am 20. September

Globaler Klimastreik

Erinnerst du dich noch an den 20.9.2019? Damals gab's den größten Klimastreik in Deutschland mit 1,3 Millionen Menschen. In Saarbrücken waren 10.000 Menschen auf der Straße. Wir von ver.di waren dabei.

Wir müssen erneut laut werden, weil unsere Bundesregierung immer noch eine unzureichende



Klimapolitik macht. Das Bundesklimaschutzgesetz wurde gerade extrem geschwächt, so dass der Verkehrssektor seinen Klimazielen nicht nachkommen muss. Darauf macht unsere Gewerkschaft immer wieder aufmerksam. Damit gefährdet die Regierung unser aller Lebensgrundlagen, schiebt jetzt schon machbare Lösungen weiter in die Zukunft und verschärft so weiter die Klimakrise. Das dürfen wir nicht zulassen!

Deshalb rufen Fridays, Students und Parents for Future alle Menschen zum Protest am 20.9. auf! Seien wir am 20. September dabei, damit unsere Anliegen gehört werden. Diesmal soll es in Saarbrücken ein Klimazeugnis für die Landesregierung für ihre Klimapolitik geben. Um 14:00 Uhr gibt es eine Kundgebung am Staatstheater mit Redebeiträgen und Musik. Danach geht die Demonstration zum Klimaministerium in die Keplerstraße. Dort soll um 15:00 Uhr die „Zeugnisübergabe“ stattfinden. Alle Infos zum 16.globalen Klimastreik in Saarbrücken findest Du hier:

<https://fffutu.re/SB2009>

Saarländer am Rhein:

Kundgebung gegen Zeitenwende

Auf Einladung von Mainzer Friedensfreunden sprach unser Mitglied des Vorstandes Michael Quetting am Vorabend des Antikriegstages, am 31. August, in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt.

Kollege Quetting übte in seiner Rede Kritik an der Zeitenwende zur Kriegstüchtigkeit aus gewerkschaftlicher Sicht.

Unter dem Slogan „Krieg beginnt hier“ protestierten die Freunde auf dem Vorplatz der Gedenkkirche St. Christoph gegen die Stationierung von potentiellen Angriffswaffen in Rheinland-Pfalz und der Rhein-Main-Region und natürlich gegen die Atomwaffen auf dem Fliegerhorst Büchel.



Der Kollege empfahl den Friedensfreunden, ver.di an ihren eigenen Ansprüchen, nämlich Teil der Friedensbewegung zu sein, zu messen. Deswegen müsse die Friedensbewegung auf ver.di zugehen und versuchen, sie zu Aktivitäten zu bewegen. Beim Kampf um eine Friedenslösung müssten die Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen.

Wer sich für das Redemanuskript interessiert, kann sie gerne bei Michael anfordern.

Ramsteinformat trifft sich:

Weitere Planungen für den Krieg

Die USA hat erneut die sogenannte Ukraine-Kontaktgruppe zu einem weiteren Treffen auf den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz eingeladen. Die Zusammenkunft findet am 6. September statt, teilte die größte US-Airbase außerhalb der Vereinigten

Staaten mit.

Zur Kontaktgruppe gehören etwa 50 Staaten, darunter auch Deutschland. Die Verteidigungsminister planen die Unterstützung der Ukraine und koordinieren den Krieg von deutschen Boden aus. Es ist das insgesamt 24. Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe.

Die Aires befindet sich etwa 50 km vom Saarland entfernt. Die Ramstein Air Base ist das Hauptquartier der US-Luftwaffe in Europa. Dort befindet sich eine Nato-Kommandobehörde zur Führung der Luftstreitkräfte. Auf dem Areal arbeiten rund 9.200 Militärangehörige.

Auf dieser Air Base werden die Kampfdrohnen Einsätze gesteuert. Im Drohnenkrieg der USA werden Menschen ohne Gerichtsurteil auf bloßen Verdacht hingerichtet. Pro Drohnenangriff auf einen Verdächtigen werden bis zu 28 Frauen, Männer und Kinder getötet.

Über Ramstein wurden die berüchtigten CIA-Gefangenenflüge organisiert. Dort wird Kriegsmaterial umgeschlagen, in der Nähe befindet sich das Munitionsdepot Miesau und das Giftdepot in Germersheim. In Ramstein sind die Kommandozentralen für Raketenabwehrsysteme in Osteuropa untergebracht, die auch für Ersteinsätze gegen Russland geeignet sind.

Ramstein ist im aktuellen Krieg Russland gegen die Ukraine die zentrale Schaltstelle der Nato. Sollte es im Rahmen weiterer Eskalation zu einer kriegerischen Auseinandersetzung der Nato mit Russland kommen, dann werden die russischen Truppen recht sicher Ramstein mit Raketen und Bomben belegen. Sollten das Atomraketen sein, dann sind wir alle Vergangenheit.

Bundesbank:

Keine schnelle Erholung der Wirtschaft

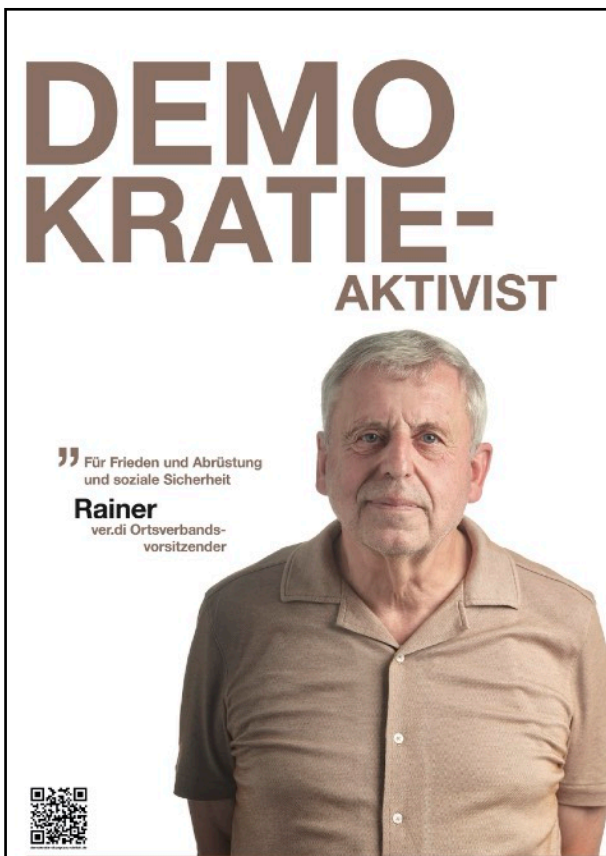
Die Bundesbank rechnet auch in den kommenden Monaten nicht mit einer raschen Erholung der deutschen Wirtschaft. Die erwartete langsame Belebung der Konjunktur werde sich weiter hinauszögern, heißt es in dem am 20. August veröffentlichten Monatsbericht der Bundesbank. Die Notenbank geht aufgrund der derzeit schwachen Exporte nur von einem schwachen Wirtschaftswachstum aus. Das Geldhaus rechnet mit einer Konjunkturfalte. Der Konsum zeige sich »nach wie vor verunsichert«, die Industriekonjunktur werde auch im dritten Quartal schwach bleiben. Die Inflation dürfte dem Bankbericht zufolge vorerst nicht zurückgehen, der Preisauftrieb bleibe weiterhin, etwa im Dienstleistungsbereich, hoch.

Auch ver.di-ner dabei:

Gewerkschafter zeigen Gesicht gegen rechts

Der Fotograf Thomas Brenner war in Saarbrücken und fotografierte Menschen, die gegen rechts eintreten. Auch einige Mitglieder unseres Ortsvereins gehören zu den Fotografierten.

Unser Mitglied Patric Bies hatte uns auf das Fotoshooting „Gesichter gegen rechts“ mit dem international aus Kaiserslautern stammenden Fotograf Thomas Brenner aufmerksam gemacht. In Saarbrücken wurde das Shooting von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert. Auch Mitglieder unseres Ortsvereins beteiligten sich daran. Etwa 50 Teilnehmer*innen stellten dabei ihr Konterfei gegen rechts zur Verfügung.



Vom Erfolg angespornt und um noch mehr Demokratiefreund*innen die Chance zu geben, wird die Aktion im Herbst dieses Jahres wiederholt. Die Präsentation „Gesichter gegen rechts“ hat als Schwerpunkt den öffentlichen Raum: Plakate, Social Media, digitale Werbetafeln oder Bauzaunaustellungen etc. Außer einer wechselnden Headline, die den Menschen als „Demokratiebefürworter“ markiert, sowie Vornamen und Beruf/Funktion vorstellen, dürfen die Portraitierten aussagen,

was sie an den Rechten stört. Unser Vorsit-



zender Rainer Tobae und auch Michael Quetting war es wichtig deutlich zu machen, dass der Kampf für Frieden und Abrüstung und der Kampf gegen rechts zusammengehören. Kampf gegen rechts Politik bedeute sich für eine soziale Politikum Abrüstung einzusetzen. Alle Portraits werden auf der Homepage des Künstlers präsentiert: <https://demokratie-akzeptanz-vielfalt.de/>. Im Museum Pfalzgalerie in Kaiserslautern hängt aktuell eine Ausstellung mit allen Menschen, die sich an der Aktion beteiligt haben. In guter Eintracht kann man dort Pfälzer und Saarländer geeint bestaunen.



Bitte beachten:

Für den 12.9. ist eine Anmeldung nötig

Am Donnerstag, 12.9. wollen wir uns nicht wie üblich im ver.di-Haus treffen, sondern zu einem Umtrunk in gemütlicher Runde treffen. Wir hatten das schon im letzten Rundbrief angekündigt.

Allerdings wollen wir - anders als beim letzten Mal geschrieben - den Ort des Zusammentreffens erst festlegen, wenn wir wissen, wer alles daran teilnimmt. Alle Angemeldeten erhalten dann eine Mail mit Angabe des Ortes.

Deswegen bedarf es einer verbindlichen Anmeldung bis 5. September, 24 Uhr per WhatsApp, Telegram, Signal, Threema oder Mail an Michael@Quetting.de